



GELIEFERT

Welche Ergebnisse die Konjunkturumfrage der Schweizerischen Nationalbank (SNB) geliefert hat. **7**



AUSGESTELLT

Zur Bewältigung welchen Themas eine Ausstellung mit Referat in der Hochschule Liechtenstein stattfindet. **8**



GEWECHSELT

Wie viel Franken erhalten Sie für Ihren Dollar-Betrag? Die Devisenkurse bringen Licht ins Dunkel. **10**



GEHANDELT

Aus welchen Gründen Roche gestern Kursgewinne an der Börse in Zürich verbuchen konnte. **10**

VOLKSBLATT | NEWS

FMA verstärkt Bankenaufsicht

VADUZ – Der Aufsichtsrat der Finanzmarktaufsicht (FMA) Liechtenstein hat Ende September 2005 beschlossen, die Bankenaufsicht zu verstärken. Den Bedarf dazu hatte eine interne Organisationsanalyse ergeben. Vor diesem Hintergrund wird sich Reinhard Malin, anerkannter Bankenaufsichts-Experte und bisher Leiter des Bereichs Banken und Investmentunternehmen, nunmehr auf die Leitung der Bankenaufsicht konzentrieren. Der Aufsichtsrat ist überzeugt, dass mit diesem Entscheid die Voraussetzungen dafür geschaffen sind, die sich international abzeichnenden neuen Anforderungen in Regulierung und Aufsicht zu bewältigen. Die interimistische Leitung des Bereichs Banken und Investmentunternehmen mit Sitz in der Geschäftsleitung wird bis zur Neubesetzung dieser Position Stephan Ochser als CEO der FMA übernehmen. (PD)

EU-Finanzminister billigen Basel II

LUXEMBURG – Europäische Banken und Finanzdienstleister müssen von 2007 an ihre Risiken genauer erfassen und Darlehen entsprechend mit Eigenkapital unterlegen. Das Risiko von Kreditausfällen soll damit vermindert werden. Nach dem Europaparlament einigten sich am Dienstag in Luxemburg die EU-Finanzminister grundsätzlich auf das als Basel II bekannte und lange umstrittene Eigenkapitalgesetz. Das berichteten EU-Diplomaten. Basel II soll die Stabilität der Branche gewährleisten. Künftig müssen Banken Kredite nicht mehr pauschal absichern, sondern stärker nach der Bonität, also der Kreditwürdigkeit, ihrer Kunden differenzieren. Damit werden Darlehen mit höherer Ausfallwahrscheinlichkeit teurer. Bislang müssen die Institute das Kreditvolumen immer mit 8 Prozent Eigenkapital unterlegen. Die Vorbereitungen in der Finanzbranche für diese umfassende und komplizierte Neuerung laufen seit Jahren. Das EU-Gesetz muss noch in den Mitgliedsstaaten im nationalen Recht verankert werden. Die EU-Finanzminister übernahmen die Änderungen des Europaparlaments. Die Finanzchefs der Union berieten auch über den Defizitsünder Ungarn, dessen Neuverschuldung im laufenden Jahr 6 Prozent vom Bruttoinlandprodukt erreichen könnte. Da Ungarn nicht zur Eurozone gehört, fallen klassische Sanktionen wie Geldbussen aus. Deshalb wird darüber nachgedacht, in einer bisher beispiellosen Weise den Hahn für EU-Fördermittel zu sperren. (sda)

Briten und Spanier bilden grösstes Busunternehmen in Europa

LONDON – Das britische Bahn- und Busunternehmen National Express übernimmt die spanische Alsa und steigt damit zum grössten Anbieter von Busreisen in Europa auf. Die Briten zahlen insgesamt 381 Millionen Euro für den spanischen Konkurrenten. Davon sollen die Alsa-Aktionäre 217 Millionen Euro in bar und den Rest in Aktien erhalten. Damit wird Alsa mit einem Anteil von 9,9 Prozent zweitgrösster Kapitaleigner des britischen Unternehmens. National Express ist mit über 40 000 Beschäftigten Grossbritanniens grösstes Unternehmen für Passagierverkehr auf Strasse und Schiene. Alsa hat 3100 Angestellte und betreibt mit 1400 Fahrzeugen Fernbuslinien in Spanien und 20 weiteren europäischen Ländern sowie in Marokko, China und Lateinamerika. (sda)

Vorschlag reicht nicht aus

WTO-Verhandlungen: Schwellenländer halten US-Vorschlag für ungenügend

GENÈVE – Die Gruppe der G20-Staaten hält den US-Vorschlag zur Reduktion von Agrarsubventionen für ungenügend. Der Vorschlag führe nicht zu einer tatsächlichen Reduktion der Subventionen, sagte der brasilianische Aussenminister Celso Amorim am Dienstag in Genf.

Bei der Landwirtschaft gebe es strukturelle Ungerechtigkeiten, die korrigiert werden müssten, sagte der indische Handelsminister Kamal Nath. Der US-Vorschlag werde dem nicht gerecht. «Die Doha-Handelsrunde ist eine Entwicklungsrunde, keine Marktzugangsrunde», betonte der südafrikanische stellvertretende Handelsminister Rob Davies.

«Ehrgeiziger Vorschlag»

Die beschlossene Sonderbehandlung der Entwicklungsländer ist laut der Gruppe der 20 Schwellen- und Entwicklungsländer (G20) im US-



Der US-Handelsbeauftragte Rob Portman betonte in Genf, dass der US-Vorschlag zur Senkung der Agrarsubventionen sehr ehrgeizig sei. Die Schwellenländer bezeichneten ihn hingegen als ungenügend.

Text jedoch völlig vergessen worden. Ausserdem könnten die USA mit ihrem Vorschlag ihre gesamten Agrarsubventionen sogar von heute 21 Milliarden Dollar auf 23 Milliarden

Dollar erhöhen, hiess es. Der US-Handelsbeauftragte Rob Portman sowie der US-Landwirtschaftsminister Mike Johanns betonten am Dienstag in Genf, die

USA hätten einen ehrgeizigen Vorschlag zur Reduktion von Subventionen und Zöllen gemacht. Nun sei es an den anderen Ländern, den Marktzugang zu verbessern. Sie forderten von der EU und Japan eine Reduktion von 80 Prozent ihrer Subventionen. Dank der bereits vorgenommenen EU-Agrarreform müssten die EU-Länder nicht viel tun, um dieses Ziel zu erreichen.

Die USA hatten am Montag in Zürich den Ministern von 15 Ländern einen Vorschlag unterbreitet, mit dem sie ihre handelsverzerrenden Agrarsubventionen in den kommenden fünf Jahren um 60 Prozent senken wollen.

Die 148-WTO-Mitgliedsstaaten wollen an der Ministerkonferenz im Dezember in Hongkong zwei Drittel der Handelsrunde abschliessen. Die 2001 begonnene Doharunde soll bis Ende 2006 beendet sein (Informationen zu den Folgen der Doharunde lesen Sie im blauen Kasten). (sda)

VIELE LÄNDER PROFITIEREN VON ERFOLGREICHER DOHARUNDE

GENÈVE – Die meisten Länder werden von einer weiteren Liberalisierung des Handels und damit vom erfolgreichen Abschluss der laufenden Doha-Handelsrunde profitieren. Darauf verweist die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in einer Länderstudie.

Mehr verlieren als gewinnen könnten allerdings einige Länder Afrikas südlich der Sahara, räumt der am Dienstag in Genf im Rahmen der WTO-Verhandlungen veröffentlichte Bericht ein. Die OECD untersuchte darin acht

Sektoren in Industrie- und Entwicklungsländern, darunter Landwirtschaft, Textil, Fischerei, Motorfahrzeuge, Stahl und Gesundheitsdienstleistungen. Die Globalisierung führe nicht zu einer beschleunigten Verschiebung von Stellen von der verarbeitenden Industrie und der Landwirtschaft zum Dienstleistungssektor, schreiben die Autoren.

Eine Verlegung von Dienstleistungsstellen ins Ausland ist laut Bericht immer noch sehr bescheiden. Die 60 000 Stellen im Dienstleistungsbereich, die jedes Vierteljahr aus den USA ausge-

lagert würden, seien Teil des normalen Funktionierens des US-Arbeitsmarkts. Frankreich, Deutschland und Italien verzeichneten eine noch bescheidener Verschiebung von Stellen ins Ausland.

Die meisten Entwicklungsländer, nicht nur die grössten wie China, Indien und Brasilien, würden von einer Handelsliberalisierung profitieren. Denn die Öffnung des Weltmarkts sei ein Schlüssel für eine erfolgreiche strukturelle Anpassung, weil der Handel zu Wachstum, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit beitrage. (sda)

Schweizer Wirtschaft drückt aufs Gaspedal

SNB-Konjunkturumfrage: Erholung gewinnt an Breite – Arbeitsmarkt profitiert nicht

ZÜRICH – Die Schweizer Wirtschaft gewinnt weiter an Fahrt. Gemäss der Schweizerischen Nationalbank (SNB) gibt es aber für den Arbeitsmarkt noch kaum Anzeichen für eine Verbesserung. Der Grund: Rationalisierung und Standortverlagerungen gehen weiter.

Die konjunkturelle Erholung setze sich in der Schweiz fort und gewinne an Breite, schreibt die SNB in einer am Dienstag veröffentlichten Studie. Der quartalsweise erstellte Bericht über die Sicht der Delegierten für regionale Wirtschaftskontakte beruht auf vom Juni bis August geführten Gesprächen mit 140 Vertretern aus verschiedenen Wirtschaftssektoren und Branchen.

Trotz konjunktureller Aufhellung planen nur wenige Unternehmen eine Erhöhung des Personalbestandes. Mit der Ausnahme stark expandierender Branchen wie der Medizinal- und Biotechnologie bewältigten die meisten Unternehmen die Produktion mit dem bestehenden Personalbestand, heisst es.

Rationalisierungsmassnahmen und auch Standortverlagerungen ins Ausland, die oft mit einem Abbau von Stellen verbunden sind, blieben laut SNB ein Thema. Dies gelte sowohl für die Industrie als auch für den Dienstleistungssektor, insbesondere die Banken und den Detailhandel. Oft werden nur temporäre Arbeitsverträge abgeschlossen.

Bei den Investitionen sei die Steigerung der Produktivität oberstes Gebot geblieben. Er-

weiterungsinvestitionen blieben die Ausnahme.

Industrie und Bau zufrieden

Besonders zufrieden mit dem Geschäftsverlauf seien Unternehmen aus der Exportindustrie, heisst es. Die exportorientierten Industrieunternehmen schätzen die Aussichten bis Ende Jahr mehrheitlich positiv ein. Die wichtigsten Impulse gingen weiterhin von Asien, den USA sowie Osteuropa aus.

Als schwierig wurde die Lage von den Gesprächspartnern aus der Textilindustrie beurteilt. Neben dem gedrückten Konsumverhalten bekam diese Branche auf dem europäischen Exportmarkt die Abschaffung der chinesischen Importquoten zu spüren. Aber auch die Bauwirtschaft zeigte sich

zufrieden. Die Hauptstütze bildete nach wie vor der kräftig expandierende Wohnungsbau. In vielen Fällen garantiert der Arbeitsvorrat bis in das Jahr 2006 hinein Vollbeschäftigung.

Flau Konsumentenstimmung

Banken oder das Transportgewerbe meldeten einen anziehenden Geschäftsgang. Der Tourismussektor beurteilte die Lage als zufriedenstellend. Während die Hotellerie mit der Sommersaison zufrieden war, beurteilten die Wirte die Geschäftslage als schwierig. Die Gäste konsumierten verhalten, heisst es.

Ein zurückhaltendes Konsumverhalten bekam auch der Detailhandel zu spüren, der sich mit einem weiterhin schwierigen Marktumfeld konfrontiert sieht. (sda)